

# Solidarität



## Organ Des Verbandes Der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die zgespaltene Petitzeile 1,- RM.  
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 20 • 36. Jahrgang

Berlin, den 17. Mai 1930

### Die Weltwirtschaftskrise

Die Zinssätze der Zentralbanken, die schon seit Monaten abdrückten, sinken in den letzten Wochen und Tagen in einem ganz unerwarteten Ausmaß. Der Diskontsatz der Bundesbank der Vereinigten Staaten ist seit dem Oktober vorigen Jahres von 6 auf 3 Prozent ermäßigt worden. Auch London steht auf 3 Prozent, Paris auf 2½ Prozent, ein Satz, der auch in der Vorkriegszeit sehr selten vorkam. In Deutschland ist die Verbilligung des Geldes noch nicht ganz so weit fortgeschritten. Immerhin hat seit dem letzten Herbst die Reichsbank den Diskont von 7½ auf 5 Prozent herabgesetzt, und man erwartet eine weitere Ermäßigung von ½ bis 1 Prozent.

Die Geldsätze sind immer noch das beste Barometer der wirtschaftlichen Lage. Steigender Zins zeigt an, daß die Wirtschaft viel Kapital braucht, daß sie sich belebt und ausweitet. Sinkender Zins wird verursacht durch Überangebot von Kapital, das in der Wirtschaft keine Verwendung finden kann, und ist das Zeichen einer fortschreitenden Lähmung der Wirtschaft. Daß Überfluß an Kapital und Lähmung der Wirtschaft nebeneinander herlaufen können, braucht uns in einer verdrückt organisierten Wirtschaft weiter nicht zu wundern, einer Wirtschaft, deren Symbol geradezu das Nebeneinander: leerstehende Fabriken und brachliegende Arbeitskräfte auf der einen Seite und Massennot auf der anderen Seite ist.

Zum erstenmal in der Nachkriegszeit stehen wir in einer Krise, die die ganze Weltwirtschaft ergreift hat. Die Gleichzeitigkeit der Krisenverschärfung die Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern.

Man muß bei der Weltwirtschaftskrise deutlich zwischen einem chronischen und einem akuten Teil unterscheiden. Der chronische Teil der Krise besteht darin, daß die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes verhältnismäßig nachläßt. Europa lieferte früher vor allem Fertigwaren, wie Stoffe und Gebrauchsgegenstände aller Art. Das Schwergewicht der Ausfuhr verlag sich aber immer mehr auf Maschinen und sonstige Produktionsmittel. Die alten Länder rüsteten die neuen Länder selbst mit den Industrien aus, die ihnen heute schon scharfe Konkurrenz machen und später noch viel schärfere machen werden. Aus der wachsenden Konkurrenz entsteht eine Neigung zu einer chronischen Weltwirtschaftskrise, der nur durch eine planmäßige Ausweitung der inneren Umsätze, durch Hebung der Kaufkraft, entgegengewirkt werden kann.

Wichtiger als der chronische Teil der Weltwirtschaftskrise ist für uns gegenwärtig ihr akuter Teil. Die Welt-handelsumsätze steigen normal um 3 bis 4 Prozent jährlich. Das vergangene Jahr brachte eine Senkung um 1,6 Prozent! Im laufenden Jahr werden die Umsätze wahrscheinlich noch wesentlich geringer sein. Die Arbeitslosigkeit ist überall erschreckend gestiegen. Die laienmäßige Belebung ist vorläufig geringer als gewöhnlich. Es ist möglich, daß die Abwärtsbewegung noch eine Zeitlang weiter geht. Der Tiefpunkt kann aber nicht mehr weit entfernt sein und ist vielleicht schon erreicht.

Der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft erzeugt nicht nur die Krise, sondern auch die Gegenwirkungen. Wenn die Wirtschaft ins Stocken kommt, wenn Massenentlassungen und Betriebsstillegungen folgen, ziehen sich große Teile des flüssigen Kapitals aus der Produktion zurück und erscheinen auf den Geldmärkten. Das Kapital wird billiger, die Zinssätze sinken. Die Geldverbilligung bedeutet aber gleichzeitig eine Verbilligung der Produktion und so eine der wichtigsten Triebkräfte zur Wiederankurbelung der Wirtschaft. Die Zinssätze können nicht mehr viel weiter sinken, als sie schon gesunken sind. Das Aus-

maß der Senkung erscheint durchaus ausreichend für eine Belebung der Wirtschaft. Es ist darum nicht unwahrscheinlich, daß ein Umschwung der wirtschaftlichen Lage nahe bevorsteht.

Die niedrigen Zinssätze sind auch für die Unterbringung der großen Reparationsanleihe von Bedeutung, die in neun Ländern aufgelegt werden soll, wenn der Youngplan auch von England und Italien unterzeichnet sein wird. Die Anleihe wird 1200 Millionen Mark betragen, 400 Millionen davon sollen in Deutschland aufgebracht und dem Reich zur Verfügung gestellt werden. Es muß verlangt werden, daß diese Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft verwendet werden.

Es ist heute schon möglich, in den Ablauf von Konjunktur und Krise regelnd einzugreifen. Durch planmäßige Hebung und Anpassung der Kaufkraft, durch bessere Lenkung des Kapitalstromes, durch bessere Verteilung der Aufträge und Förderung der Schlüsselindustrien, besonders des Baugewerbes, kann viel erreicht werden. Vorläufig sind die Widerstände gegen eine Planwirtschaft, sei es auch nur im kapitalistischen Rahmen, freilich noch sehr groß.

Der gleichzeitige Tiefstand der Wirtschaft in den wichtigsten Ländern hat die Krise überall verschärft. Ein annähernd gleichzeitiger Aufschwung würde das Tempo und das Ausmaß der Besserung vergrößern. Auch eine Entspannung auf dem Weltmarkt wäre zu erwarten. Während der Zeit der Krise suchen alle von ihr betroffenen Länder möglichst viel Waren nach dem Ausland abzutufen. Eine allgemeine Weltwirtschaftskrise muß so den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt außerordentlich verschärfen. An dieser Tatsache ist die Zollfriedenskonferenz in Genf gescheitert — und an der englischen wirtschaftlichen und militärischen Rüstungspolitik nationalstaatlicher Staaten, besonders Italiens und seines Nachbarn, Frankreich. Eine Weltkonjunktur bräde auch für eine Zollfriedenskonferenz eine wesentlich günstigere Zeit.

Die Arbeiterschaft hat unter der Krise am schwersten zu leiden. Nur eine starke Organisation kann während dieser Zeit die Angriffe des Unternehmertums auf die Lebenshaltung der Masse, auf Lohn und Arbeitszeit, abwehren. Hunderttausende und, im Weltmaßstab, Millionen von Arbeitern werden aber aus der Wirtschaft ausgeschaltet. Die Arbeiterschaft kämpft nicht nur für die Wiltberung dieser Mißstände, sondern sie kämpft für die Beseitigung einer unhaltbaren Wirtschaftsordnung, die ihr wichtigstes Glied, den Arbeiter, am schlechtesten stellt.

### Die Bundesschule in Bernau

Am 4. Mai wurde in Bernau bei Berlin die Bundesschule des ADGB. unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern der freien Gewerkschaften und Behörden eröffnet. Das neue Bildungsheim der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter liegt mitten im märkischen Rieserwald, von dem kleinen Bernau noch 4 Kilometer entfernt. Kollege Grafmann hielt vor den Schülern und Gästen die Einweihungsrede, in der er u. a. sagte:

„Wir brauchen in stärkerem Maße als bisher den von seiner Verpflichtung gegen sich und die anderen bis zum letzten Nerv durchgebrungenen ehrenamtlichen Funktionär, der die Geschichte seiner Organisation, die Geschichte ihres Wachstums, die Gesetze ihrer Wirksamkeit, die Möglichkeit ihrer Anwendungen und ihrer Kräfte heute nicht mehr aus eigenem so unmittelbar weiß wie die Älteren, dem aber diese Möglichkeit verschafft werden muß, und darum haben wir hier ein ganz neues Schulprinzip aufgestellt. Es sind Kurse des ADGB., aber sie sind veranstaltet und getragen von den einzelnen Organisationen. Aus dem Betriebe kommende und wieder nach Abolvierung

dieser kurzen Wochen in den Betrieb zurückkehrende männliche und weibliche Funktionäre sollen in diesen Wochen eindringen in die Geschichte, in die Verfassung, in die Struktur und in den Wesenskern ihrer Organisation, und darüber hinaus in all die großen Fragen der Sozialpolitik, des gewordenen und des werdenden Arbeitsrechts. Sie sollen die Kenntnisse erwerben, die notwendig sind zur Beurteilung der wirtschaftlichen Vorgänge, und darüber hinaus sollen sie die großen Zusammenhänge von der einen Organisation zu den übrigen mit uns im Bunde vereinigten erkennen, dieser stolzen Armee von 5 Millionen Mitgliedern, die einen großen Heereskörper bildet, und weiter von Landeszentrale zu Landeszentrale die großen tiefempfindenden täglich stärker und inniger werdenden Bindungen im Internationalen Gewerkschaftsbund. Diesem Ziel soll der Schulbetrieb dienen. Wir wollen in dieser Schule nicht Weltanschauungen bilden oder stärken. Wer zu uns kommt, besitzt eine Weltanschauung. Wir wollen in dieser Schule nicht übertriebene Illusionen ankurzeln. Wir wollen hier eine Bildungsstätte schaffen für das Tatsächliche. Der Mensch, der zu uns kommt, soll die Dinge nicht sehen, wie wir sie wünschen, wie wir sie uns erhoffen, sondern wie sie sind. Er soll die eigenen Kräfte erkennen lernen, ihr Maß und ihre Grenzen, er soll erkennen lernen, was ihm an Widerständen gegenübersteht, weil er dementsprechend sich einstellt, weil er mit diesen Verhältnissen sich nicht abfinden, aber mit ihnen ringen muß.“

Ein Rundgang durch die Schule unter Führung des Architekten Meyer, des Erbauers der Schule, vermittelte einen Eindruck davon, was gute Raumeinteilung und Bekichtung zu tun vermag. Der Hauptflügel enthält: Empfangshalle, Aula, Speisesaal, Gesellschaftsräume, Verwaltungsbüros, die Küche und Nebenräume. Im anschließenden Wohnflügel sind 60 Wohnzimmer für Schüler (je zwei in einem Zimmer) untergebracht. Diese 60 Wohnzimmer sind auf vier Wohntrakte zu je 30 Schülern verteilt. Je 10 Schüler wohnen auf einer Etage. Ferner befindet sich hier ein Wohntrakt mit Zimmern für Hauspersonal und Zimmern für Gastlehrer. Daran anschließend die Wohnhäuser für Lehrer, Geschäftsführer und Helfer. Der Schulflügel umfaßt: 3 Klassenräume für je 40 Schüler, 2 Seminarzimmer, Bibliothek, Lesehalle und Nebenräume. An Sportanlagen sind vorhanden: ein Stadion, ein Schwimmbad und eine Turnhalle. Für Spaziergänge stehen ausgedehnte Anlagen zur Verfügung. Alle Anlagen sind durch einen gedeckten, mit Glasfenstern versehenen Gang verbunden. Die ganzen Gebäude liegen, der Gegend angepaßt, terrassenförmig nebeneinander. Die Natur und der Zweck der Einrichtung hat überhaupt zu dem ganzen Bau als Vorbild gebietet.

Die Inneneinrichtungen sind auf das modernste gehalten. Alle nur erdenklichen Apparate und Hilfsmittel für die Lehrtätigkeit sind vorhanden. Auf die Bekichtung wurde besonderes Gewicht gelegt. Das Tageslicht kann durch breite Fenster, die teilweise eine ganze Wand einnehmen, ungehindert hereinströmen. Die künstlichen Lichtanlagen sind ebenfalls auf höchste Wirkung eingestellt. Geradezu ideal sind die Klassenräume und die Aula. Raum notwendig zu betonen, daß die Wohnräume für die Schüler mit allem Komfort ausgestattet sind: fließendes warmes und kaltes Wasser, Marmorbeden, bequeme, schöne Möbel usw. Wer hier einmal vier Wochen verbracht hat und nach dunklen Wohnungen wieder zurückkehren muß, wird sein Leben bestrebt sein, für bessere Lebensbedingungen und gute Wohnungen zu wirken. Mögen sie, nachdem sie dieses Haus verlassen haben, hinaus gehen und die hier gewonnenen Kenntnisse für ihre Mitarbeiter und Kollegen entsprechend verwenden. Aber immer wird diese Schule für die lebendige und urwüchsige Kraft zeugen, die der Gewerkschaftsbewegung entströmt.

# Der Bundesausschuß zum Internationalen Gewerkschaftskongreß

6. Bundesausschussung am 5. Mai

Der stellvertretende Vorsitzende Peter Graßmann eröffnete die Sitzung mit Mitteilungen über die Zusammenkunft des Lehrkörpers der neuen Bundeshochschule, die am 4. Mai eröffnet worden ist und am heutigen Tage ihren ersten Lehrgang beginnt. Zum Leiter der Bundeshochschule hat der Bundesvorstand den Direktor der Staatlichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf, Dr. Seelbach, berufen. Als Lehrer sind ferner der Arbeitsrechtler Dr. Gustow, der bisher beim Deutschen Eisenbahnerverband tätig war, und Dr. Grosse, der insbesondere an der Volkshochschule Leipzig als Lehrer wirkte, gewonnen worden. In diesem Zusammenhang kam Graßmann auch auf eine Bemerkung zu sprechen, die sich in dem Tätigkeitsbericht der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in dem Abschnitt über die Bildungseinrichtungen der freien Gewerkschaften findet. Dort wird die Behauptung aufgestellt, daß die K o t e n für die Bundeshochschule in Bernau aus dem Ruhrbezirk, der den Gewerkschaften seinerzeit von Seiten der Regierung bewilligt worden ist, bestritten worden seien. Der Bundesvorstand hat gegen diese in keiner Weise begründete, leichtfertig aufgestellte Behauptung in einem Schreiben an die Vereinigung ausdrücklich protestiert und gefordert, daß sie öffentlich widerrufen werde. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat diesen Widerruf auch in ihrer Antwort zugesagt und im „Arbeitgeber“ veröffentlicht.

Der nationalsozialistische Innenminister Thüringens, Frick, hat im Laufe des Festzuges, den er gegen die Volkshochschulen Thüringens, insbesondere gegen Arbeiterbildungseinrichtungen führt, auch die Gelder für die Heimvolkshochschule in Leipzig vertragswidrig um zwei Drittel gekürzt. Über die Stellungnahme der Gewerkschaften gegen dieses unerhörte Vorgehen braucht kein Wort verloren zu werden. Da ein Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet worden ist, werden sie zunächst den Ausgang abwarten. Der Bundesvorstand hat die Fortsetzung des jetzt laufenden Kurses gefordert.

In einem kurzen Bericht über den Stand der Verhandlungen über eine Reihe noch vorliegender Gesetzentwürfe erwähnte Graßmann insbesondere die Entwürfe zum Arbeitsschutzgesetz, dem Berufsausbildungsgesetz, dem Bergarbeitsgesetz und dem Gesetz zum Verbot der Nachtarbeit Jugendlichen in der Glasindustrie. Besondere Maßnahmen vorzuschlagen, um den Zutritt junger Erwerbsuchender für einzelne Gewerbe abzuwehren, „müß“ der Bundesvorstand ablehnen. Er hält es nur für möglich, die Jugendlichen davor zu warnen, Berufe zu ergreifen, in denen das Mißverhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsgelegenheit besonders groß ist.

Demnach wird in einer Sonderbeilage der Gewerkschaftszeitung über die vom Bundesvorstand durchgeführte statistische Erfassung der Tarife berichtet werden. Ferner werden in den nächsten Wochen in einer besonderen Broschüre die agrarpolitischen Fragen zur Erörterung gelangen; die Darstellung wird nur informativ Charakter tragen.

Graßmann schloß seinen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes mit einem Überblick über den Stand der Arbeiten des Bierländers-Komitees, das vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingesetzt worden ist, um die Arbeitsverhältnisse, insbesondere in der französischen Metallindustrie (niedrige Löhne, hohe Arbeitszeit, Überstundenunwesen und dadurch erleichterte Konkurrenzmöglichkeiten für die französische Eisenindustrie) zu erforschen und über die Wege zu ihrer besseren Gestaltung zu beraten. Das Komitee wird vermutlich im August wieder zusammentreten.

Im Anschluß an den Bericht des Bundesvorsitzenden gab Schlimme (Bundesvorstand) einen Bericht über die Regelungen, die mit den verschiedenen Gewerkschaften, insbesondere dem Gesamtverband getroffen worden sind, um die Rechte der Mitglieder der Filmgewerkschaft zu wahren, die bekanntlich am 30. April aus dem Verband des ADGB. ausgeschlossen ist. Außerdem behandelte er die Frage der Anerkennung der 25jährigen Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften. Es ist über die Stellung der Verbände eine Umfrage veranstaltet worden, die ergab, daß die große Mehrzahl der Organisationen Mitglieder, die im Laufe von 25 Jahren verschiedenen Verbänden angehört haben, aber den Nachweis dieser Mitgliedschaft erbringen können, ebenso behandeln, wie die Mitglieder, die 25 Jahre einem Verband angehört haben. Diesen Standpunkt hält auch der Bundesvorstand für den allein richtigen.

Spliedt (Bundesvorstand) sprach über die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die sehr ungünstige Zahlen aufweist und über die zukünftige Entwicklung keine günstige Prognose zuläßt. Der Beitrag in der Arbeitslosenversicherung bleibt im Gegensatz zu der von den Gewerkschaften gewünschten Regelung auf 3 Prozent; der feste Zuschuß des Reiches beträgt 150 Millionen; der sogenannte Notfonds soll

mit 80 Millionen gespeist werden. Tatsächlich wird man nur mit einer Zuschußmöglichkeit von rund 200 Millionen rechnen können, mit denen man aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auskommen wird. Die nächsten Monate werden daher neue Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung bringen. Aus diesem Grunde hat der Bundesvorstand eine Entschließung vorgelegt, in der unter dem Hinweis auf frühere Stellungnahmen des Bundesausschusses, unter denen insbesondere die auf der letzten Ausschusssitzung gefaßte Entschließung hervorzuhelien ist, erneut zu dem ganzen Fragenkomplex Stellung genommen wird. Splicdt begründete sodann im einzelnen die in der Entschließung erhobenen Forderungen.

Der Bundesausschuß trat sodann in eine Debatte über den Bericht des Vorsitzenden ein und nahm einstimmig die vorgelegte Entschließung an. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesausschuß des ADGB. betont erneut daß es sich bei dem Kampf um die Sozialversicherung in Wirklichkeit um die Verteilung der inneren Lasten in Deutschland handelt, die auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt werden sollen. Während auf der einen Seite dem Großgrundbesitz gewaltige Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, werden auf der anderen Seite an notwendigen Kosten des Sozialstaats unerträgliche Kürzungen vorgenommen. Daher ist es zur Zeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinten bürgerlichen Parteien abzuwehren und die Arbeiterschaft darüber aufzuklären, welche wichtigen sozialen Errungenschaften auf dem Spiel stehen und welche Ziele die neue Bürgerblockregierung verfolgt.“

Gegenüber den auf Abbau der Sozialpolitik gerichteten Bestrebungen erhebt der Bundesausschuß angesichts der anhaltend fürchterlichen Lage des Arbeitsmarktes die Forderung nach

## Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und verstärktem sozialen Schutz.

Zum ersten gehört neben der wiederholt geforderten Verkürzung der Arbeitszeit, deren Notwendigkeit bei fortschreitender Rationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt, die Bereitstellung von Mitteln zum stärkeren Ausbau der Volkswirtschaft und zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaues, insbesondere des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues; zum zweiten ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge ein dringendes Gebot. Die Zahl von 300 000 Hauptunterstützungsempfängern in der Krisenfürsorge, die trotz der harten Beschränkungen der Zulassung bereits überschritten worden sind, dürfte, läßt erkennen, wie außerordentlich hoch die ständig wachsende Arbeitslosigkeit ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April d. J. wurden rund 140 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgespart. Die Städte, die jetzt bereits rund 300 000 Erwerbslose in der Woche zu betreffen haben, können weitere Lasten auf die Dauer nicht tragen. Der Bundesausschuß fordert daher die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe, sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Bezugsdauer.“

Beim Beginn der Nachmittagsitzung teilte Graßmann mit, daß Theodor Leipart vor einigen Tagen nach Wiesbaden fahren konnte — ein Zeichen dafür, daß seine Genesung in jüngster Zeit wesentliche Fortschritte gemacht hat. Die Gewissheit ist gegeben, daß Leipart durch die Kur in Wiesbaden seine Gesundheit und Arbeitsfähigkeit völlig wiedererlangen wird.

## Zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

**Internationaler Gewerkschaftskongreß**  
gab Graßmann bekannt, daß der Bundesvorstand als stimmberechtigte Delegierte zum Stockholmer Kongreß die Kollegen Leipart, Graßmann, Umbreit und Egger vorzuschlagte, dazu die Kollegen Hanna als Vertreterin ohne Stimmrecht. Außerdem sind acht stimmberechtigte Delegierte und drei weitere Vertreter zu wählen.

Zu Delegierten wurden einstimmig gewählt: die Kollegen Baek, Bernhardt, Schumann, Scheffel, Brandes, Reichels, Schrader, (Stellvertreter Mahler), Brey, Ströhminger, Pucher, Hufemann sowie die fünf vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidaten.

## Zum Entwurf eines Internationalen sozialpolitischen Programms

sprach Umbreit:  
Zwei Hauptpunkte hat der IGB. auf der Tagesordnung seines diesjährigen Stockholmer Kongresses neben den organisatorischen Fragen: das Programm der Wirtschaftspolitik und das Programm der Sozialpolitik.

Der internationale Arbeiterkongreß ist abhängig vom Ausgleich der Arbeitsverhältnisse auf dem Weltmarkt und von internationalen Vereinbarungen, die gleiche Soziallast in allen Ländern zu übernehmen. Ein Land kann nicht dauern ohne wirtschaftliche Nachteile größere Lasten übernehmen, wenn andere Länder sich sperren und mit ungezügelter Arbeit ihr soziales Dumping fortsetzen dürfen. Nun handelt es sich bei der internationalen Sozialpolitik aber nicht um den Arbeitsschutz allein, sondern es gehören dazu auch die Arbeiter- und

Angestelltenversicherung, die Tarifverträge, das Schlichtungsweien, die Arbeitsgerichte, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, der Wanderungsschutz, das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht usw. In weiterer Auffassung gehören auch der Lohnschutz und das ganze Arbeitsvertragsrecht, die Wohnungsfürsorge, die Jugendfürsorge und viele andere Zweige des öffentlichen Wirkens dazu. Es ist eine Frage der Erziehung und der gewerkschaftlichen Organisation, ihrer Stärke und Aktionskraft in den einzelnen Ländern, von denen jeder Fortschritt abhängt. Der Erziehung zum Fortschritt soll aber gerade das sozialpolitische Programm des IGB. dienen, und es soll dazu beitragen, die Arbeiterkraft überall zur Stärkung ihrer Organisation anzupornen, damit diese Fortschritte verwirklicht werden und damit aus der Summe der einzelnen Fortschritte sich ein bemerkenswerter Gesamtfortschritt ergibt.

Ein solches Sozialprogramm kann natürlich nicht allzusehr ins Einzelne gehen, sondern muß sich auf die großen, bedeutsamen Forderungen beschränken. Ein internationales Programm muß knapp und weitgesteckt sein, muß große Ziele enthalten, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren. Freilich müssen die Ziele im Bereich des gewerkschaftlichen Vermögens liegen, dürfen keine Utopien sein, über die kein Gegner mit uns ernsthaft streitet, und die höchstens die Kommunisten reizen, uns beim Wort zu nehmen. So hat es z. B. keinen Zweck, heute allorts den Sechstundertag zu fordern, selbst wenn wir überzeugt wären, daß die rationalisierte Wirtschaft mit sechs Stunden täglicher Arbeitszeit heute vielleicht schon auskommen vermöchte — weil die Gewerkschaften keines Landes ernsthaft an die Erämpfung desselben heranzutreten vermöchten. Dagegen wäre der Siebentundertag oder die Fünftagewoche oder selbst die Fünfeinhalbtagewoche als Ziel noch immer weitreichend genug, um die Kräfte anzuspornen, wenn die allgemeine Forderung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit, die den einzelnen Ländern die freie Wahl für die Durchführung läßt, nicht ausreichen sollte.

Was den Gehalt betrifft, so könnte man, wenn man den Forderungen einzelner Berufsgruppen folgen wollte, allein ein ganzes Buch von Forderungen zusammenbringen. Da aber die internationale Aktion gerade auf diesem Gebiete über die Anfänge wenig hinauskommen soll, so ist gerade hier eine weise Beschränkung und Zurückhaltung am Platze.

Für die Heimarbeit ist der Ausschluß gesundheits-schädlicher Arbeitsprozesse sowie der Herstellung von Lebens- und Genussmitteln festzuhalten. Hinsichtlich der Lohnämter und Mindestlöhne sollte man sich auf die Heimarbeit beschränken und auf den Versuch verzichten, sie auf andere Gewerbe zu übertragen.

Der Abschnitt „Sozialversicherung“ zeichnet sich durch bemerkenswerte Kürze aus, dem nichts hinzuzufügen ist, ebenso die Abschnitte über Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung.

Der Abschnitt „Tarifverträge“ betont allzusehr die freie Vereinbarung, als ob die Gewerkschaften samt und sonders Gegner von Zwangstarifen wären, namentlich auch, wenn sie den Unternehmern durch andere Mittel, als allein durch gewerkschaftliche Kraft aufzuzwingen wären. Wer die tarifliche Abneigung des Unternehmertums kennt, wird mit der Forderung tariflicher Regelung aller Arbeitsverhältnisse nicht bei der Freiheit der Arbeitgeber haltmachen können.

Die Forderung einer längeren Kündigungsfrist hat natürlich ihre Schattenseiten hinsichtlich der Bindung der Arbeitnehmer bei Streiks. Daß aber der Entlassungsschutz für Arbeiter und Angestellte verschieden behandelt und für letztere allein eine besondere Entlassungsschutzforderung gefordert werden könne, erscheint mir völlig unerfindlich. Diese Forderungen sind übrigens vom Vorstand des IGB. in Amsterdam gegen den Willen des Vertreters des ADGB. in den Entwurf aufgenommen worden.

Der Bundesausschuß erbittet vom Bundesausschuß die Vollmacht, mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Sozialpolitik im Bundesbüro den Entwurf einer Nachprüfung und Vereinfachung unterziehen zu dürfen, wobei Anträge, die der Bundesausschuß annimmt oder überweist, nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen.

In der Diskussion wurden Einwände gegen einzelne Teile des Entwurfs erhoben und Anregungen zur Ergänzung und Abänderung des Entwurfs gegeben.

Gegen das Kapitel „Arbeitsvertrag“ bestehen weitgehende Bedenken, die sich namentlich auf die dort vorgesehene unterschiedliche Behandlung der Arbeiter und Angestellten beziehen.

Graßmann machte noch aufmerksam auf die Internationale Englische Ausstellung in Dresden. Er empfiehlt, gewerkschaftliche Tagungen dort abzuhalten, um den Kollegen Gelegenheit zur Beschäftigung der Ausstellung zu geben.



## Bilder der Zeit

Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung! Über-  
spannte Leistungen! Erstüchtung des Arbeitswillens!  
Arbeitslose mit eigenen Autos! und wie alle die nichts-  
würdigen Gemeinheiten lauten, mit denen eine feile  
Journalle oder eine gekaufte Schwägergruppe darauf  
hinarbeitet, die Volkstimmung für einen gründlichen  
Abbau der Arbeitslosenunterstützung reif zu machen.  
Erweisen wir diesem Agitationspöbel nicht die Ehre  
einer kritischen Auseinandersetzung. Wir kennen die  
wirklichen Motive dieses von Industrie und Agrarier-  
tum mit ungeheuren finanziellen Mitteln geführten  
Kampfes gegen unsere ärmsten Klassengenosse  
zu genau, um durch das neuangelegte Grammophon des  
Arbeitslosen X. in irgendeinem ostpreussischen Raff  
düpiert zu werden. Hunger tut weh! In der Theorie ist  
das den wohlgemäßeten Herren der Wirtschaft nicht  
gänglich unbekannt, weshalb sie sich ihren Vorfall, die  
Arbeitslosen durch die Schmerzen lohnampfdurch-  
wählter Eingeweidete als willfährige Lohndrücker an die  
Tore der Fabriken und Gutshöfe zu treiben, schon  
einige Millionen kosten lassen.

Dabei sind tatsächlich nur noch ein paar winzig kleine  
„Reformen“, sagen wir besser „Reformchen“, im Sinne  
der deutschen „Wirtschaftsführer“ notwendig, um die  
Arbeitslosigkeit fast völlig zu beseitigen, das heißt nicht  
nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Arbeitslosen.  
Heute schon werden die Arbeitslosen vom besten Koch  
bedient, vom Hunger; es fehlt nicht viel, diesen Koch  
durch einen Sensenträger abzulösen.

Vor dem Arbeitsgericht in Dorimund klagte ein ar-  
beitsloser Buchbinder gegen seinen früheren Chef.  
Während der Vorsitzende damit beschäftigt war, den  
eingeklagten Anspruch rechnerisch nachzuprüfen, wurde  
der Kläger von einer Ohnmacht befallen. Heller  
Schweiß drang dem abgemagerten Kollegen aus allen  
Poren. Allmählich waren die Bemühungen, den Ohn-  
mächtigen ins Bewußtsein zurückzurufen, von Erfolg  
begleitet. An diesen Bemühungen hatte sich auch der  
Vorsitzende beteiligt, dessen Scharfblick die Ursache dieses  
Zusammenbruchs nicht entgangen war. „Haben Sie  
denk heute Morgen gegessen?“ fragte er. Ein müdes  
Nicken war die Antwort. „Was hatten Sie?“ fragte  
der Vorsitzende weiter. „I c h h a b e w o h l z u w e n i g  
g e g e s s e n.“

Wie gesagt, es fehlt nicht viel, Arbeitslose zu be-  
seitigen.

Durch diesen Vorfall wurde ich an einen anderen er-  
innert, der schon etwa zwei Monate zurückliegt. Da traf  
ich zufällig auf der Straße den Kollegen D., der schon  
seit langer Zeit arbeitslos war. Als er früher im Be-  
trieb noch den Fahrstuhl führte oder Formen hin und  
her schlepte, hatte er ein volles Gesicht und sein Gang  
war aufrecht und elastisch. Als ich ihn auf der Straße  
traf, sah er entsetzlich ausgehungert aus. Trotz seiner  
28 Jahre waren in sein Antlitz greisenhafte, müde  
Linien eingegraben. Ich kannte aus eigener Erfahrung  
das wahnsinnige Wüten des Hungers in den Ein-  
geweiden, und da ich gerade ein paar Mark erübrigen  
konnte, lud ich ihn zu einem anständigen Abendessen ein.  
Kein Mißverständnis: wir gingen in ein alkoholfreies  
Restaurant. Kollege D. aß langsam und vorsichtig,  
trotzdem ihn der Hunger vielleicht zu größerer Eile  
trieb. Wohllich verführte sich sein Gesicht, er sprang auf  
und ging wartend zur Toilette. Weshalb Einzelheiten  
breittrug? Ich mußte ihn trank und elend nach seiner  
Dachstube bringen. Der Magen, durch lange Ent-  
behrungen übermäßig geschwächt und anständigen Nah-  
rung entwöhnt, hatte gegen die Aufnahme fett- und  
fleischhaltiger Speisen rebelliert.

„Es ist alles schon mal dagewesen.“ In Hauptmanns  
Drama „Die Weber“ wirkt ungemein erschütternd eine  
Szene, in der ein halbverhungertes Weber unter  
Stöhnen und Klagen eine Speise wieder von sich gibt,  
die sein an Kartoffelschalen und trodenes Brot ge-  
wöhnter Magen nicht mehr verarbeiten kann. Wie  
gesagt, ist alles schon dagewesen; aber es kehrt auch  
alles wieder.

Und es kehrt auch wieder jene verzweiflungsvolle  
Stimmung, die in ungehörter Entfesselung schuldige  
Menschen und unschuldige Maschinen zerfressen  
möchte. Wie sanft und friedfertig ist der Kollege F.  
sein Leben lang gewesen. Keuchend aber, in einer Ver-  
sammlung, überkam ihn unbändiger Zorn. „Die Herren  
verdienen genug, um ein Leben in Uppigkeit führen zu  
können. Nicht genug damit, sehen sie sich jeden Tag neue  
Maschinen und Apparate in die Betriebe, und uns hat  
man auf die Straße geworfen. Wir kommen tatsächlich  
langsam dahin, daß es uns gleichgültig ist, ob drei oder  
30 Millionen Arbeitslose die Straßen bevölkern. Ja,  
wir hätten beinahe nichts dagegen einzuwenden, denn  
dann würden wir in wenigen Tagen nicht nur die Ma-  
schinen, sondern auch die Menschen, die uns arbeitslos

gemacht haben, kaputt geschlagen haben! Was haben  
wir noch zu verlieren?“

Der Kollege F., der also sprach, ist keine Autorität, und  
wir führen seine Worte lieber nicht an, weil wir sie  
für besonders vernünftig halten. Ganz im Gegenteil.  
Aber solche Gedankengänge gefühlsmäßiger Art sind  
heute im Nachhinein begreiflich. Millionen von Menschen  
erleben heute die an sich segensreiche Funktion des  
technischen Fortschrittes zunächst in not- und leidens-  
reicher Arbeitslosigkeit. Man sucht nach Ursachen, man  
macht verantwortlich, man will ändern und bessern und  
erkennt die fast unüberwindliche Macht derjenigen, für  
die die Arbeitslosigkeit eine geschäftliche Angelegenheit  
war und in noch größerem Maßstabe sein soll. Ist es  
da noch ein Wunder, daß hier und dort und allmählich  
während der Ruf nach Rache erschallt? Man verlange  
nicht Verantwortungsbewußtsein von Menschen, die  
sich von der herrschenden Klasse unverantwortlich be-  
handelt fühlen. Das Besitzbürgertum wage es, die  
Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu verringern,  
und der Ruf nach Vergeltung wird eines Tages so  
machtvoll durch das Land schallen, daß sich dagegen der  
Ruf nach Gesetz und Ordnung wie das Zirpen einer  
Grille ausnehmen wird!

## Ein lehrreiches Stückchen Kleinarbeit für Verband und Tarif

Solange die Firma U. besteht, hatte sie immer nur  
Arbeit für eine Anlegerin. Bis vor etwa acht Wochen  
arbeiteten in dem kleinen Betrieb nur Unorganisierte.  
Der Drucker, der Seher, die Anlegerin, der Bote, ein  
„Sparschuh“ en miniature. Zehn Jahre lang waren  
alle Versuche, wenigstens die Anlegerin zu organisieren,  
absolut erfolglos. Siebenmal im Laufe dieser Zeit trat  
eine neue Anlegerin an die Schnellpresse oder an den  
klapprigen Tiegell, um für die Hälfte des Tariflohnes,  
ohne Ferien, ohne Überstundenaufschläge usw. Woche  
für Woche zu fröhen. Die Firma U. war immun gegen  
den Bazillus organisatoricus.

Bis vor einigen Monaten. Da war der unorganisierten  
Anlegerin es leid geworden, noch länger für 17 Mark  
zu arbeiten, während sie in anderen Betrieben fast  
33 Mark verdienen konnte. Sie hatte Glück, fand Arbeit  
in einem tarifierten Betrieb und schloß sich hier an d-  
i h dem Verbands an. Herr U., der Buchdruckerei-  
besitzer, hielt Ausschau nach einer neuen Anlegerin.

Nun geschah etwas, was manch einem faum glaublich  
erscheinen mag, weil Selbstlosigkeit im Interesse der  
Sache leider so seltener geworden ist. Die langjährig organi-  
sierte Kollegin S. erklärte dem Ortsvorstand, sie wolle  
versuchen, in die Firma U. hineinzukommen, damit dort,  
endlich einmal tarifliche Verhältnisse eingeführt wür-  
den. Herr U. war natürlich hocherfreut, eine Anlegerin  
mit so guten Zeugnissen und Erfahrungen zu bekommen  
und beehrte sich, die Kollegin S. zu engagieren. Die  
Kollegin gab vollkommen freiwillig ihre gute und ein-  
wandfreie Stellung bei einer tariffreien Firma auf  
und trat in die Dienste der Firma U.

Über Entlohnung und dergleichen hatte man in den  
ersten Tagen kein Wort verloren. Das kam erst am  
nächsten Sonnabend. Kollegin S. war natürlich nicht  
überrascht, als ihre Lohnkarte nur den „betriebs-  
üblichen“ Lohn von 20 Mark enthielt. (Herr U. hatte  
also sogar einen Taler zugelegt.) Desto mehr aber  
Herr U. Der war sehr unangenehm überrascht, als  
Kollegin S. ihn darauf aufmerksam machte, daß der  
tarifliche Lohn 32,76 M. betrage, worauf sie als or-  
ganisierte Anlegerin natürlich Anspruch erhebe. Netze  
Beförderung. Es hat viel Krach gegeben.

Wie es dann gekommen ist, daß Kollegin S. nach  
wochenlangem Verhandeln, Drohen und Protestieren  
doch endlich den tariflichen Lohn erhalten hat, sei ver-  
schwiegen. Der Schlaf hat ereignet sich vor ein paar  
Tagen. Da trank der Vorsitzende der betreffenden Jahrs-  
stelle nach des Tages Last gemächlich ein Glas Bier, als  
unversehens Herr U., mit dem er sich tagelang herum-  
geschlagen hatte, auf ihn zukam und wortwörtlich das  
folgende sagte: „Na, mit Ihrer Kollegin S. haben Sie  
mich damals ja schon an die Hammelbeine gekriegt.  
Das Fräulein kostet mich jede Woche blante 16 Mark  
mehr. Damals hätte ich Ihnen und Ihrem Fräulein am  
liebsten den Hals umgedreht, heute bin ich zufrieden,  
daß das alles so gekommen ist. Das Mädchen kann was.  
So eine Anlegerin hab' ich noch nicht gehabt. Was nicht  
mir 'ne Anlegerin, die für die Hälfte arbeitet, wenn sie  
nur die Hälfte leistet. Ihr Fräulein S. kann bei mir  
bleiben, so lange sie will. Durch die bin ich erst darauf  
aufmerksam geworden, daß mein Drucker ein ganz  
großer Pfluscher ist; ich werde mir wohl einen neuen be-  
sorgen müssen, und der kann meinetwegen in drei  
Teufels Namen organisiert sein.“

So sprach Herr Buchdruckereibesitzer U. Wie man  
sieht, ein Gemütsmenschen. Und was gleich uns davon  
überzeugt, daß nur Pfluscher und Nichtstörner ihr  
einziges Gut, die Arbeitskraft, unter Preis verkaufen.  
o=1.

## Geschichte der Straße und ihre Arbeiter

Mit dem Erscheinen des dritten Bandes der „Geschichte  
der Straße und ihrer Arbeiter“ hat der belannte lang-  
jährige Vorsitzende des vormaligen Steinlegerverbandes,  
A. Knoll, ein gewerkschaftshistorisches Werk zum Abschluß  
gebracht, das nicht nur im Kreise seiner engeren Berufs-  
genossen, sondern in der gesamten Gewerkschaftsbewegung  
und weit darüber hinaus eine außerordentlich günstige Auf-  
nahme gefunden hat. Der vorliegende dritte Band bringt  
die Geschichte der Zünfte des Pfistergewerbes, den Vor-  
läufer des ehemaligen Steinlegerverbandes, mit all ihren  
dem modernen Arbeiter jetzt fremd anmutenden Eigenheiten  
und Besonderheiten bis zu dem Aufgehen derselben in die  
moderne Arbeiterbewegung zur umfassenden Darstellung.  
Neben dem enthält der neu vorliegende Band einen Abriss  
der Geschichte der Zünfte in Belgien, Holland, Frankreich,  
England und Österreich, dazu Darstellungen der Arbeiten  
der Steinlegerinternationalen, Schilderungen der neuzeit-  
lichen Unternehmerereignisse und Zünnungen des  
Straßenbaugewerbes und die Darstellung ihrer geschichtlichen  
Entwicklung sowie die aus den entgegengelegten Bestrebun-  
gen der Unternehmer und Arbeiter entstehenden großen  
Kämpfe. Daß Knoll zu den berufenen Geschichtsschreibern  
der Gewerkschaftsbewegung gehört, haben seine früheren  
Arbeiten auf diesem Gebiete längst bewiesen. Auch in dem  
vorliegenden dritten Band erweist sich seine Berufung.  
Denn er gibt uns nicht ein erweitertes Protokollbuch der  
von ihm behandelten Organisationen; er legt in seinen Dar-  
stellungen das Hauptgewicht mehr auf die inneren Gesetze  
des Geschehens als auf das Geschehene selbst.

In einer überaus lebendigen Schilderung zeigt er die  
Strömungen und Gegenströmungen in der Arbeiterschaft  
des von ihm dargestellten Berufes. Wir erleben an der Hand  
dieser Darstellung den Entwicklungsgang von der Zunft-  
organisation zu einer der aktivsten freien Gewerkschaften.  
Aber selbst bei der Darstellung der Zünfte des Berufes, deren  
Existenz in frühere Jahrhunderte zurückreicht, bestränkte  
sich Knoll nicht auf eine bloße Registrierung der Dinge,  
sondern auch hier gibt er eine lebendige Schilderung, die  
bis ins Kleinste und selbst bis ins Kleinlichste geht, das in  
diesen ehemaligen Organisationsgebieten oftmals die  
Hauptrolle war. Wir erleben — das ist nicht zuviel gesagt —  
aber auch die vielen und oftmals recht schweren Kämpfe mit,  
die der vormalige Steinlegerverband, wie kaum ein zweiter  
Verband, in der Vorkriegszeit nicht nur gegen das Unter-  
nehmertum, sondern in noch erheblich schärferem Maße gegen  
englitirne und politisch-bourgeoisierte Behörden als Auftrag-  
geber des Straßenbaugewerbes zu führen gehabt hat.

Knoll hat die Arbeiten an diesem drei Bände umfassenden  
Geschichtswerk im Jahre 1911 begonnen. Der abschließende  
dritte Band rechnerisch in gleichem Maße die anerkanntesten  
Stimmen über die beiden Vorläufer. Der Kreis dieses  
708 Seiten umfassenden, mit Illustrationen und einem für  
das Gesamtwerk geltenden umfangreichen Sachregister ver-  
sehenen dritten Bandes beträgt für Gewerkschaftsmittler  
8 M., durch den Buchhandel bezogen 10 M. Zu beziehen durch  
den Verlag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutsch-  
lands, Sieg Zeppig C. 1, Zeilher Straße 30, IV.

## Lumpenproletariat

Das rohe und harte Wort bezeichnet die Armlen der  
Armen, die aus der gesellschaftlichen Ordnung völlig aus-  
gestoßen sind, und niemand, der heute noch sozial gefestigt  
erscheint, weiß, ob nicht, solange diese Wirtschaftsordnung  
besteht, auch einmal einer der eigenen Familie ins Lumpen-  
proletariat hinuntergestoßen wird.

Gerade dieses Lumpenproletariat bedarf wegen der Größe  
der Not besonderer sozialer Beachtung. Nicht nur für sich,  
sondern auch für ein wesentliches Stück Zukunft des Volkes,  
das von diesem sogenannten Lumpenproletariat getragen  
wird. Denn, so ist leider durch statistische Untersuchungen er-  
wiesen, die Kinderzahl ist im Lumpenproletariat verhältnis-  
mäßig wesentlich höher als in den anderen sozialen Gruppen.  
Nach einer Arbeit, die Dr. Max Kresse in der Zeitschrift für  
Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene hierüber auf  
Grund eigener Feststellungen bekannt gibt, entspricht die  
Größe der Kinderzahl der sozialen Lage im umgekehrten  
Verhältnis. So entfallen auf die Familie des gelernten Ar-  
beiters 2 Kinder, auf die des ungelerten Arbeiters 2,2,  
doch im Lumpenproletariat kommen auf jede Familie im  
Durchschnitt 3,2 Kinder.

Aber damit ist es noch nicht genug. Auch die gesundheit-  
liche Qualität dieser zahlreicheren Kinder im Lumpen-  
proletariat steht hinter den anderen Arbeitergruppen zurück.  
Von den Kindern gelernter Arbeiter gehörten gesundheits-  
lich zur Gruppe Gut 22,2 Proz., zur Gruppe Mittel 40,2 Proz.,  
und zur Gruppe Schlecht 37,6 Proz., Zahlen, die wahrlich  
nicht günstig sind und doch vom Lumpenproletariat noch  
übertriften werden. Denn hier gehörten zur Gruppe Gut  
nur 3,7 Proz., dagegen zur Gruppe Mittel 44,5 Proz., und zur  
Gruppe Schlecht gar 51,8 Proz.

Welche Not ist in dieser göttlichen Wirtschaftsordnung  
doch möglich! Aber trotzdem predigt man immer wieder den  
Kinderreichtum, obwohl immer neu die Beziehungen  
zwischen Menschenqualität und sozialer Lage erwiesen  
werden.

Wir wollen gesunde Menschen! Und darum auch so-  
ziales Recht!

## Natürliche Mumifizierung

In manchen Orten finden sich Keller, die ohne weiteres  
menschliches Jutun tierische und menschliche Leiden vor Ver-  
wesung schützen. Diese Leichen schrumpfen ein wenig zu-  
sammen, behalten aber Form und sogar Ausdrück. In  
Bremen ist es der berühmte Meiteller, in Palermo ein  
Keller des Kapuzinerklosters. Jahrelang sind die „weißen  
Mumien“ in der Sahara, in der Kalahariwüste gelegentlich  
in Nevada. Die Artade der natürlichen Mumifizierung ist  
völlig im Dunkel. Trockene Luft, frische Luft, kalter Zug,  
bleihaltige Wände, trockene Erde und anderes wird an-  
gegeben. Sicher ist nicht bekannt. Die Tatsache selbst ist für  
jeden, der zum erstenmal eine solche Mumie sieht, höchst  
erstaunlich. Im Katakomben zu Bremen liegt ein schwedischer  
General, ein Dachdecker, ein Student, ein Offizier, eine  
Gräfin. Und an einer Säule hängen allerlei Vögel, die die  
Gesellschaft erhöhen. Alles erstaunlich gut erhalten. Wer  
löst das Rätsel?

